

3259/J XXI.GP

Eingelangt am: 21.12.2001

ANFRAGE

der Abgeordneten Dr Gabriela Moser, Freundinnen und Freunde
an den Bundesminister für Justiz
betreffend Konsumentinnenschutz

Während die europäische Kommission im Bereich des Konsumentinnenschutzes kontinuierlich "Unterstützung und Kapazitätsaufbau der Verbraucherorganisationen" fordert, wird in Österreich eine Diskussion um Finanzierung und Kompetenzen des VKI geführt. Ebenso wird auf europäischer Ebene dem Recht der Konsumentinnen auf Information und Bildung als wesentliches Instrument zur Stärkung ihrer Marktposition hohe Priorität zugemessen.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgende

Anfrage

1. Welcher Anteil des gesamten Ressortbudgets wird für den Bereich des Konsumentinnenschutzes ausgegeben? Bitte um Auflistung des jeweiligen Anteils in Prozent des Gesamtbudgets sowie in absoluten Zahlen für die Jahre 2000 und 2001. Bitte um detaillierte Aufschlüsselung der Daten (in Personalkosten, Kosten für Publikationen, für Gerichtsverfahren, für Veranstaltungen und Tagungen etc).
2. Ist für die kommenden Jahre eine Aufstockung dieser Finanzmittel geplant? Wenn ja, in welchem Ausmaß? Wenn nein, warum nicht? Bitte um Auflistung des jeweiligen Anteils in Prozent sowie in absoluten Zahlen.
3. Welche Maßnahmen wurden sowohl im Bereich der Information von KonsumentInnen als auch bezüglich Bildung der Konsumentinnen in den

Jahren 2000 und 2001 gesetzt? Bitte um Auflistung der konkreten Maßnahmen und der jeweiligen Kosten.

4. Welche Maßnahmen zur Information und Bildung von Konsumentinnen planen sie bis zum Ende der Legislaturperiode? Bitte um Auflistung der geplanten Schwerpunkte, Vorhaben, Ziele, Finanzmittel und Kooperationspartnerinnen.
5. Über welche personellen und finanziellen Ressourcen verfügt das Büro für Konsumentenfragen (Sektion VI) in ihrem Ressort?
6. Wie erfolgt die "Koordination von konsumentenpolitischen und konsumentenrechtlichen Aspekten" auf dem Gebiet der "Umwelt- und konsumentenrelevanten Produktinformation"? Nach welchen Kriterien wird entschieden, ob eine Produktinformation "konsumentenrelevant" ist? Wo werden diese veröffentlicht?
7. Erachten Sie die Veröffentlichung von "Lebensmittelsündern" als Teil einer modernen aktiven Informationspolitik den Konsumentinnen gegenüber? Wenn ja, welche Maßnahmen werden Sie ergreifen, um das zu ermöglichen?
8. Von der Europäischen Kommission wurde kürzlich ein "Grünbuch zum Verbraucherschutz in der Europäischen Union" vorgelegt. Die Kommission hat die interessierten Kreise um Stellungnahme bis zum 15. Jänner 2002 ersucht. Was sind aus österreichischer Sicht die wesentlichen Punkte des Grünbuches? Welchen Punkten stehen Sie positiv, welchen kritisch gegenüber? Wird der VKI eine Stellungnahme abgeben? Wird Ihr Ressort eine Stellungnahme abgeben? Wann werden Sie das Parlament über das Grünbuch informieren, insbesondere auch inwieweit österreichische Gesetze von den Vorschlägen betroffen wären?